

<b>Zeitschrift:</b>	Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
<b>Band:</b>	19 (1927)
<b>Heft:</b>	6
 <b>Artikel:</b>	Beamtenfragen in Frankreich
<b>Autor:</b>	Frank, F.
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-352291">https://doi.org/10.5169/seals-352291</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 22.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Beamtenfragen in Frankreich.

Von F. Frank, Paris.

Der «Petit Parisien» hat durch seine Mitarbeiterin L. Weiss eine Untersuchung anstellen lassen über die Gehälter. Sie wurde publiziert in mehreren Folgen unter dem Titel «La crise dans les cadres de la nation». Ein höherer Beamter der Seinepräfektur hat mir, bevor ich zur Feder griff, Aufschluss gegeben, wo und inwiefern die aufgestellten Tabellen tendenziös verfärbt sind; nichtsdestoweniger erwies sich aber dabei, dass im Durchschnitt der Beamte heute wirtschaftlich drei Fünftel dessen bezieht, was ihm 1914 zukam. Lassen wir daher bis auf wenige Ausnahmen Zahlen beiseite und berichten wir lediglich über die Konsequenzen dieses Zustandes. Wenn auch bei uns soziale Schichtung wie Aufbau der Staatsorganisation durchaus anders sind, wenn auch bei uns, durch die kleineren Verhältnisse bedingt, vieles in halbamtlicher oder ehrenamtlicher Stellung besorgt wird, so bilden die Ergebnisse der Untersuchung auch für die Schweiz nützliches Material.

Der französische Staat, schon machtvoll zentralisiert durch die Monarchie und überzentralisiert durch die Revolution, hat seit 1789 — die grösseren Staatsstreichs eingerechnet — acht Umwälzungen erlebt, von denen keine den Gang der Staatsmaschine ernstlich störte. Die Personalliste veränderte sich nur unmerklich, die unteren Stellen waren genügend bezahlt und bei Erfordernis bestimmter Ausbildung hob sich das Salär sofort sehr beträchtlich. Der Staat hielt darauf — und sucht auch heute noch darauf zu halten — in höheren Aemtern nicht nur Räder oder Motoren der Verwaltungsmaschinerie, sondern Leute von allgemeiner Bildung zu haben, deren Talente oder geniale Veranlagung sich aber durchaus nicht in dem zum Amte gehörigen Beschäftigungskreis gezeigt haben muss. Frankreich kannte und kennt Minister, Gesandte und Militärs, die z. B. im Gebiete der Altertumsforschung, der Literatur, der Mathematik Hervorragendes geleistet haben. Der Franzose hat keine Bewunderung für den in seinem Fache Versimpelten. — Was würden wir sagen, wenn der Juristenverein eine Gemäldeausstellung eröffnete? Die Pariser Advokatenkammer tut dies alljährlich.

So wird auch die Krise im Beamtenstand wohl mit Grund als **Kulturkrise** bezeichnet.

Lassen wir die Untersuchung über die Präfektur beiseite, wo die Repräsentationsgelder, Vergünstigungen und Zuschüsse von seiten der Departemente nicht aufgeführt sind. Notieren wir nur, dass der Nachwuchs als ungenügend und unqualifiziert bezeichnet wird. 25 Jahre Unterpräfekt kann sich nur leisten, wer begütert ist, und daher scheint dieser Posten den Söhnen, Neffen und Enkeln der Volksvertreter vorbehalten zu bleiben. Ein höchst bedenklicher Zustand, wenn die Trennung der gesetzgebenden und ausführen-

den Gewalt durch verwandtschaftliche Bande wieder aufgehoben wird!

Leicht feststellbar und bedenklich erscheint die ökonomische Stellung besonders der Hoch- und Mittelschullehrer. In den Mittelschulen scheint bereits Mangel an Lehrkräften einzutreten. Dass ein Mittelschulrektor auch in der Provinz mit 18,000 französischen Franken \* nicht weit kommt, ist einleuchtend. Die betreffenden Beamten sind überlastet mit Arbeit. Sie können den Fortschritten ihrer Fachwissenschaft nicht folgen, besonders dann nicht, wenn sie als Vater zahlreicher Familie in der Freizeit auf Nebenerwerb ausgehen müssen. Vollends hält dieser Zustand tüchtige Mittelschullehrkräfte ab, sich der nötigen Vorbereitung zur Universitätslaufbahn zu widmen, ist doch diese selbst ebensowenig verlockend. Neben den Mitteln zum Leben fehlt dem Gelehrten das Geld, sich Literatur zu beschaffen und, was das Schlimmste ist: die Bibliotheken, Museen und Laboratorien können nicht mehr zeitgemäß ergänzt werden. Diese Beobachtung macht selbst der Fremde. Und wenn er sie schon im immer bevorzugten Paris macht, wie soll es dann in der Provinz aussehen? Das höhere Personal der Museen und Bibliotheken bedarf weitgehend spezialisierter Ausbildung; Reisen und Studien in fremden Kunststätten sind unerlässlich. Fachgelehrte von Ruf haben bereits abgelehnt, den früher ehrenvollen Posten einer Museumsdirektion anzunehmen. Fremde Kräfte müssen sie ersetzen.

In der Erkenntnis, dass nur eine absolute ökonomische Sicherstellung die Unabhängigkeit und Achtung eines Richterstandes gewährleistet, waren die Angelsachsen von jeher am tiefsten eingedrungen. Der Präsident des höchsten Gerichtes und der I. Staatsanwalt sind mit 80,000 Fr. etwa wie ein Bundesrat (ohne Repräsentationsgelder) gestellt. Wie aber soll ein Richter III. Klasse in Paris mit 15,000 Fr. leben, besonders als Familienvater? Kostet doch eine mässige Mahlzeit in Paris 7—9 Fr., ein möbliertes, einfaches Zimmer zirka 400 Fr., ein minderer Herrenanzug zirka 600 Fr. Hat doch schon ein Autobuskondukteur, der kaum das knappe Existenzminimum erhält, an 10,000 Fr. Jahresgehalt. — Die Qualität der sich zum Richterexamen präsentierenden Kandidaten nimmt ab. Unter den 2000 Friedensrichtern in Frankreich, die vollamtlich bestellt und mit weit grösseren Kompetenzen beauftragt sind als in der Schweiz, zählt man 387 Juristen. Frankreich besass eine grosse Zahl Familien, die von Generation zu Generation den Richterstand bereicherten. Die Berichterstattung stellt ihr Schwinden fest.

Für einen Staat, dessen Minister mit der Zusammensetzung der Parlamentsmehrheit wechseln, ist es Lebensnotwendigkeit, einen dauerhaften Stab höherer Beamter zu haben, die den un-

\* Der Geldwert des französischen Frankens beträgt gegenwärtig etwa den fünften Teil desjenigen des Schweizerfrankens, und auch seine Kaufkraft ist nur ganz unwesentlich höher. (Anmerkung der Redaktion.)

unterbrochenen Gang der Maschine sichern, auch im Moment, da die Spitzen wechseln. Das zeigt sich besonders im Herzen des Staates, in der Finanzverwaltung. Hier wird von der Abwanderung des qualifizierten Personals in die Handels- und Industrieunternehmen berichtet. Diese Abwanderung vollzieht sich um so leichter, als gerade die Inhaber der Vertrauensposten zur Regelung der grossen Steueraffären mit den Direktoren solcher Unternehmungen ständig verkehren und diesen so augenscheinlich ihre geschäftliche Gewandtheit beweisen. Auch ist der Beamte vielfach auf Nebenerwerb angewiesen oder er stellt seine Kenntnisse in den Dienst von Unternehmungen in einer Weise, die das Staatsinteresse gefährden muss. Rechnen wir hinzu, dass die französische Steuergesetzgebung ein in tropischer Ueppigkeit und Reichhaltigkeit wuchernder Urwald ist; rechnen wir ferner hinzu (was auch der Fremde beobachtet), dass die Staatsbureaus mit technischen Neuerungen, d. h. Erleichterungen sehr spärlich bedacht sind. All dies erhöht die Arbeitslast und erschwert die Kontrolle.

Wer darunter leidet mit dem Gefühl, dass Abhilfe relativ leicht zu schaffen und ökonomische Besserstellung angemessen wäre, ist natürlich auch gewissen Versuchungen leichter zugänglich — gar nicht zu reden davon, dass gerade im Steuerwesen dem Staate nur vollauf gedient werden kann bei absoluter Charakterfestigkeit der Beamten, auch gegenüber mehr oder weniger verdeckt vorgebrachten Wünschen einflussreicher Persönlichkeiten « aller Art ». Zu dieser Charakterfestigkeit soll sich womöglich aber noch Initiative und Findigkeit gesellen.

Im technischen Zweig des Staatsdienstes, den öffentlichen Unternehmungen, wird die Rückständigkeit Frankreichs gegenüber seinen Nachbarn gebrandmarkt. Bezuglich der Zahl der Telephonanschlüsse pro Kopf steht Frankreich im 17. Rang und Paris unter den grossen Städten im 22. Rang. Die Mangelhaftigkeit des Pariser Telephondienstes ist sprichwörtlich — gehört sie doch längst zu den unentbehrlichen Elementen humoristischer Bühnen. Der Bestand an Ingenieuren ist zu klein; auch hier verlassen jährlich 5—10 % den Staatsdienst, verlockenderen Angeboten der Privatindustrie folgend. An internationalen Fernkabeln besitzt Frankreich nur die Linie Le Havre-Paris-Strassburg, während es doch seine geographische Lage zur Fernvermittlung vorbestimmt hätte.

Aehnliche Erscheinungen zeigen sich auch in der Armee. Seit 1919 haben 12,000 Offiziere ihren Abschied genommen. Zur « Kriegshochschule » meldeten sich vor 1914 jährlich zehnmal zuviel Kandidaten, heute nur noch das Doppel der notwendigen Zahl. Entsprechendes zeigt sich auch für die Subalternposten. Die vorgesehene Zahl der Unteroffiziere konnte nur zu 70 % eingedeckt werden, und auch dabei wurden noch unwillkommene Elemente notgedrungen eingestellt. Dies alles ist selbstredend nicht auf wachsende antimilitaristische Gesinnung zurückzuführen, sondern auf die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Wie wir uns sorgfältiger kleiden, um einen Besuch abzustatten, einen wichtigen Auftrag auszurichten oder irgendwo als Gast zu erscheinen, so halten es die Staaten im Gesandtschaftsdienst. Selbst die Vertretung Sovietrusslands hat auf diese Tradition nicht verzichten zu können geglaubt. Der Franzose, er mag aufgewachsen sein, wo er will, hat von Natur aus ein sehr feines Empfinden für die menschlichen Umgangsformen. Es wird ihm nicht systematisch eingedrillt; es ist altes Kulturgut, wovon jeder seine Rente mit auf den Lebensweg bekommt. Frankreich ist daher auch der Schöpfer diplomatischer Umgangsformen, und den Franzosen muss es besonders schmerzlich berühren, dass die Vertreter seines Landes aus materiellen Rücksichten nicht mehr der Form in vollem Umfange Genüge leisten können. Damit sind (wie nun einmal das Leben zur Zeit in solchen Kreisen sich gestaltet) auch zugleich sichtbare Nachteile verbunden für die, deren Interessen der Beamte zu wahren hat. Der Vertreter soll mit den politisch, intellektuell, kommerziell und industriell massgebenden Kreisen des betreffenden Landes in dauernder Verbindung sein. Eifrige Lektüre soll ihn informieren, Reisen und Besuche seine Kenntnisse und Beziehungen erweitern; durch Gastfreundschaft weitesten Masses soll er die Massgebenden gewinnen und sich verpflichten. Bei solchen Funktionen, darf ein Beamter allerdings nicht mit Rappenspalterei belastet sein. Intelligenz und Takt allein können nicht alles wett machen, wenn das Budget ungenügend ist.

Der am Schlusse der Untersuchung ausgestossene Alarmruf ist so eindringlich gehalten, dass er sicher nicht der Begründung entbehren kann. Soll die Allgemeinheit — lautet es da ungefähr — des Dienstes der Männer entbehren, für die der Privatindustrie kein Salär zu hoch bemessen erscheint? Jedermann weiss, dass zum Blühen eines Unternehmens nur die Besten gut genug sind. Und wo es sich um die grösste Unternehmung der Nation handelt, verliert man den Kopf, findet man die Konfusion der gesetzgebenden mit der verwaltenden Behörde natürlich (Einfluss der Deputierten!), findet man die Existenz einer stabilen, disziplinierten Verwaltungsbehörde als unnötig, wo doch die gesetzgebende Behörde ewigem Wechsel unterworfen ist. Man vergisst, Führernaturen, selbständig denkende Verwaltungsmänner heranzuziehen. Glaubt man, dass sich ewig mittellose, aber gute Kräfte für den schlecht bezahlten Staatsdienst finden werden? Der Tag wird kommen, da die Beamten statt von ihrer Stellung zu leben, aus ihrer Stellung Kapital zu schlagen suchen.

Teuer ist es für ein Volk, Beamte gut zu bezahlen, noch teurer aber, sie schlecht zu bezahlen.

Das sind Worte, die man, teils in übertragenem Sinne, auch bei uns beherzigen darf. Uns Schweizern fehlt das Vertrauen in den einzelnen Mann (ausser bei den Lokomotiven!). Wir wollen überall Kollegialbehörden. Die Quantität soll die Qualität garantieren. Wenn sieben Richter sitzen, trägt jeder psychologisch <sup>1</sup>/<sub>7</sub>

der Verantwortung und ist versucht bezüglich der übrigen <sup>6/7</sup> zu schlafen. Ein Richter mit dem Gehalt aller sieben würde vielleicht mehr und Besseres leisten und für dieses Gehalt auch den Schlaf opfern. Das setzt allerdings eine politische Kultur voraus, die eine Mehrheitspartei auf die Kandidatur verzichten lässt, weil und wenn sie einsieht, dass die Minderheit einen qualifizierteren Kandidaten aufstellt. Das setzt ferner voraus, dass wir unsere Parlamente auf angemessene Dimensionen zurückführen. Sonst ist die Folge ein knapp bemessenes Taggeld. Geschulte Leute mit gutem Einkommen entziehen sich solchen Aemtern; desgleichen können tüchtige Kräfte in beschränkten Verhältnissen sie nicht bekleiden. Daher kennen wir die Erscheinung des Berufspolitikers, dessen mangelhaft einträglicher Beruf ihn im Ratssaal keine Zeit verlieren lässt. Zur Belohnung seiner jahrzehntelangen « Opferwilligkeit » garantiert ihm die Partei, ihn in ein Amt zu wählen. Dieses Amt erhält er auch; denn sein Gehalt lockt keine qualifizierten Konkurrenten auf den Plan. Und er bleibt darin; denn man kann ihn doch nicht hungern lassen. Und er bildet womöglich eine Kollegialbehörde mit sechs Gleichqualifizierten. Und diese sieben kosten uns sehr viel Geld.

Strenger Massstab, gutes Gehalt und weite Kompetenzen! Anders sind tüchtige Kräfte nicht zu bekommen; anders wollen tüchtige Männer auch nicht arbeiten. Zu wenig ideal ist unsere Zeit eingestellt, als dass ein Staat genügend Männer fände, die ein reiches Mass von Erfahrung und Tatkraft gegen schlechten Lohn in seinen Dienst stellten, noch dazu in ihrer Initiative dabei durch tausend Kleinigkeiten gehemmt. Wieviel Männer sitzen nicht in unseren obersten Behörden, die in jungen Jahren weniger von der Welt gesehen haben als ein intelligenter Mechaniker auf der « Walz »? Wie viele, die nicht sorgsam und Schritt für Schritt die ganze Laufbahn vom Stimmenzähler oder Substituten an durchgerutscht haben? — Diese Vorwürfe gelten vor allem dem rechten Flügel eher, weil er aus naheliegenden Gründen über eine grössere Auswahl durchgebildeter, weitgereister, kulturell vertiefter Männer verfügen sollte. Bekanntlich sind oft solche Menschen einer kühnen Neuerung eher geneigt, origineller Initiative eher fähig als der Spiesser, ja sogar als gewisse Arbeiterkreise.

Zum Schlusse sei gewarnt davor, sich den französischen Staatsorganismus als in Schutt und Asche zerfallend vorzustellen. Trotz allen Unzukömmlichkeiten findet sich noch eine grosse Zahl qualifizierter Männer, die zum Amte streben und im Amte bleiben, sei es aus Pflichtgefühl, sei es, dass ererbtes oder erheiratetes Gut ihnen dies ermöglicht oder weil ihre Veranlagung sie zum Staatsamte drängt, ja ihnen den Existenzkampf ausserhalb des Staatskörpers geradezu verunmöglicht.